

EU-VERFASSUNG

Europas Lenker sollen denken



Alles Ringen half nichts. Auch Spaniens Außenministerin Ana Palacio beharrte eisern auf ihren Forderungen und trug so zum Scheitern des Brüsseler Gipfels zum Verfassungsentwurf bei.

(Foto: Europäischer Konvent)

Mehr Europa will Premierminister Juncker. Aber was das genau heißt, darüber schweigen sich die Akteure der Verhandlungen zum Verfassungsentwurf weitgehend aus.

Kommt Zeit, kommt Rat - das ist die Hoffnung, die Premierminister Jean-Claude Juncker nach den gescheiterten Verhandlungen über eine europäische Verfassung in Brüssel am vergangenen Dienstag in der Chamber formuliert hat. Europas Lenker sollen nachdenken: über die eigenen europäischen Ambitionen, darüber, ob nationale Interessen nicht mehr zurückstehen müssen, um Europa voran zu bringen. Einsicht verspricht sich das dienstälteste luxemburgische Ratsmitglied von dieser Denkpause, die Expertenschätzungen zufolge wahrscheinlich bis Ende 2004 andauern wird. Davor werden andere Themen die Kalender der Staats- und Regierungschefs bestimmen: der Finanzrahmen für die erweiterte Gemeinschaft ab 2006, die Parlamentswahlen in Spanien, der EU-Beitritt von zehn mittel- und osteuropäischen Ländern, die Europawahlen im Juni 2004, um nur einige zu nennen.

Wie viel Europa braucht die Union?

"Es gibt keine Alternative zu Europa", beschwor Juncker eindringlich. Eine klares Votum für mehr und für ein vertieftes Europa, das Luxemburg in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aber selbst häufig hat vermissen lassen. Stichwort Bankgeheimnis und Sicherung des Finanzplatzes. Das war einmal. Der Premier gibt sich in aktuellen Interviews und in seiner Chamber-Rede jedenfalls als geläuterter aufrichtiger Europäer. Und in der Tat hat sich das Großherzogtum dafür eingesetzt, den mühsam errungenen Kompromiss beim Verfassungsentwurf des Konvents nicht wieder aufzuschnüren.

Luxemburg hat das Prinzip der "doppelten Mehrheit" unterstützt, das den durch Nizza zugesicherten Einfluss der kleinen

und mittleren Staaten wieder zurücknimmt und Sperrminoritäten unmöglich macht. Als "eurodemokratisch" bezeichnete Juncker in einem Wort-Interview diese Stimmengewichtung, als Kombination von Gleichheitsprinzip (jedes Land bekommt eine Stimme) und Proportionalitätsprinzip (nach Größe der Bevölkerung). Unerwähnt bleibt dabei aber zweierlei: Längst nicht in allen Themenbereichen der EU soll nach diesem Verfahren entschieden werden. In Steuerfragen beispielsweise sperrt sich Luxemburg - neben anderen - gegen eine Auflockerung des Einstimmigkeitsprinzips. Ähnlich ist es im wichtigen Bereich der Sozialpolitik. Nicht, dass diese Lockerung unbedingt wünschenswert wäre: Bereits laufende Debatten in den EU-Kommissionen etwa um die Privatisierung staatlicher Dienstleistungen (das so genannte GATS-Abkommen) lassen ahnen, wohin Mehrheitsbeschlüsse führen könnten.

Zurück zur viel diskutierten Rolle der Institutionen. Wie gerecht ist eigentlich die luxemburgische Forderung nach sechs Abgeordneten im Europaparlament? Eine luxemburgische Abgeordnete vertritt derzeit rund 44.000 BürgerInnen, in Deutschland hingegen kommen auf einen EP-Abgeordneten über 800.000 BürgerInnen. Von Proportionalität kann keine Rede sein.

Ansichtssache Gerechtigkeit

Sicherlich lässt sich mit Zahlenspielen viel Polemik entfachen. Deutlich wird aber, wie unterschiedlich die Begriffe "Gerechtigkeit" und "europäisch denken" je nach ideologischem Standpunkt und nationaler Vertretung interpretiert werden. Da nimmt sich auch Luxemburg nicht aus.

Außenministerin Lydie Polfer warnte in ihrem Redebeitrag vor einem "Kerneuropa": Staaten, die wollen, sollen in verschiedenen Bereichen verstärkt zusammenarbeiten und so eine europäische Dynamik schaffen, die andere mitzieht, wie seinerzeit bei Schengen und beim Euro geschehen. Als Konsequenz der Krise freilich, nicht als Ziel.

"Es ist im Augenblick noch gar nicht klar, was unter einem Europa der zwei Geschwindigkeiten überhaupt zu verstehen ist", wendet Ben Fayot von der LSAP in einem Gespräch mit der woxx gegen solche Pläne ein. In der Tat läuft eine intensivere Zusammenarbeit etwa entlang der Berlin-Paris-Achse im Bereich der europäischen Verteidigungspolitik, wie sie im Frühjahr dieses Jahres beschlossen wurde, Gefahr bereits bestehende Gräben zu vertiefen. Zwar hat Großbritannien überraschend eine teilweise Zustimmung signalisiert, aber ob London und Berlin tatsächlich dasselbe meinen, wenn sie über europäische Sicherheitsstrategie, Militär und Multilateralismus reden, darf bezweifelt werden.

Angst und Argwohn vor "Françallemagne" (Spiegel-online) sind aber nicht nur auf der Insel groß, sondern auch bei den Newcomern Polen, Tschechien und Ungarn. Aus verständlichen Gründen. Eine "verstärkte Zusammenarbeit" in diesem Bereich gilt deshalb als äußerst sensibel, auch wenn sie auf der Basis bestehender EU-Verträge grundsätzlich möglich ist. Allerdings muss sie von der Gemeinschaft umständlich genehmigt werden; ein entsprechender Vorschlag des Verfassungsentwurfs, das Genehmigungsverfahren zu vereinfachen, bleibt mit dem vorzeitigen Aus ein Papiertiger.

Höchste Zeit für Transparenz

Vielleicht hat das Scheitern des Brüsseler Gipfels auch sein Gutes. Für die Öffentlichkeit wird in aller Schärfe offenbar, wie fundamental unterschiedlich die Vorstellungen der alten und neuen Mitgliedstaaten vom gemeinsamen Europa sind: Es gibt einen grundsätzlichen Dissens unter den Staats- und Regierungschefs über die künftige Ausrichtung der EU, wobei wohl gemerkt die Zivilgesellschaft bisher noch gar nicht gefragt wurde. Ben Fayot - und nicht nur er - spricht von einem gegenseitigen "Unverständnis zwischen zwei Konzeptionen des endgültigen Zustands der EU": einmal als gemeinsamer Binnenmarkt gedacht mit möglichst wenig Supranationalität und einmal als eine politische Gemeinschaft, die so viele Zuständigkeiten wie möglich auch gemeinsam entscheiden will.

Dazu müssen aber alle Akteure - und dazu zählen nicht zuletzt die betroffenen Bevölkerungen - wissen, um was es bei der Zukunft von Europa insbesondere inhaltlich geht: mehr Rechte, bessere Lebensbedingungen und Frieden für alle? Oder mehr (wirtschaftliche) Macht, mehr (militärischen) Einfluss für einige wenige? Diese Frage hat kein europäischer Politiker und keine europäische Institution bisher befriedigend beantworten können. Wenn sie sich denn überhaupt die Mühe machen.

Ines Kurschat

Parteilpolitische Abstimmung zur Ombudsperson

Das Resultat der Parlamentsabstimmung zur Einsetzung einer Ombudsperson im Bereich der öffentlichen Verwaltung machte es ganz deutlich: Es war eine politische Wahl. Marc Fischbach, Ex-CSV-Minister und aktueller Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, erhielt exakt 32 Stimmen - das waren ausschließlich Stimmen der Mehrheitsabgeordneten, aber nicht einmal die zur Gesamtheit. Während auch die LSAP geschlossen für "ihre" Kandidatin Lydie Err stimmte, entschieden sich die anderen Oppositionsdeputierten zum größten Teil für einen unabhängigen Kandidaten. Dass CSV- und DP-Abgeordnete sich gehorsamst den Anweisungen von oben unterwarfen, macht aus dem neu geschaffenen Posten, dessen *conditio sine qua non* ja eigentlich politische Unabhängigkeit ist, schon eine Karikatur, ehe der frischgebackene Ombudsmann auch nur seine Arbeit aufnimmt. Der 58-jährige Fischbach, der mit seiner Ausbildung (kein gelernter Mediateur) unter den Kandidaturen nicht besonders hervorstach, erfüllt zudem das Orakel, das bei den Debatten zum betreffenden Gesetzesprojekt im Juli auftauchte: dass nämlich ein "verdienter" älterer Beamter oder Politiker hier bis zur Pension zwischengelagert werden könne. Und Altlasten aus seiner Ministervergangenheit, wie das Dossier Bauernzentrale oder die damals schon kläglichen Zustände in der Schrässiger Strafanstalt in Sachen Menschenrechte, werfen weitere Fragen zur Eignung des neuen "Knoutermann auf". Aber die nächste Ombudsperson kommt bestimmt: Der Posten wurde gesetzlich auf acht Jahre begrenzt.

Greenpeace trotzt Esso

Greenpeace Luxemburg übt scharfe Kritik am Urteil des Escher Friedensgerichts. Das hat die NGO für schuldig befunden, auf unzulässige Weise die Geschäftsfreiheit von Esso behindert zu haben. Es handelt sich um das erste zivilrechtliche Urteil zur Aktion vom 25. Oktober 2002, als Greenpeace 29 Esso-Tankstellen besetzte. Sollte Greenpeace sämtliche noch bevorstehenden Verfahren in dieser Angelegenheit verlieren, könnten auf die Organisation Zahlungen in Höhe von 300.000 Euro zukommen. "Das wäre die Hälfte unseres Jahresbudgets, Lohnausgaben inbegriffen", sagt Greenpeace-Chef Pascal Husting gegenüber der woxx. Er will trotzdem nicht von Bankrott reden. "Es wäre eine brenzlige Situation, wir müssten unsere Kampagnen massiv zurückfahren", so seine Einschätzung. Eine finanzielle Unterstützung durch Greenpeace International sei grundsätzlich möglich, werde aber von Fall zu Fall entschieden.

Es grübet so sehr ...



Die Weihnachtszeit ist die schönste Zeit: Das findet ausnahmsweise auch mal die woxx-Redaktion, deren Mitglieder sonst eher ausgemachte Festtagsmuffel sind. Diverse Kalender, Sternkarten und Weihnachtsmänner - die freundlichen Wünsche und besten Grüße sind zahlreich. Für besondere Heiterkeit sorgt derweil der virtuelle, mit Weihnachtskugeln behangene Elch eines woxx-Lesers, der im Intranet die Runde macht. Alles Ikea, oder was? Oder eine subversive Kritik (Mann, sind die elchig ...!)? Eine Karte will so gar nicht in die kalte Vorweihnachtszeit passen: Darauf postieren junge, braun gebrannte Frauen und Männer in Badeanzügen und Badeshorts vor Palmenkulisse. Tja, unser Redakteur im Sabbatjahr hat's gut. Nach den grellen Reklamen in Tokio, nach 11.000 Kilometern durchs landschaftlich phänomenale Australien schaut er sich zurzeit Tahiti an - umdanach weiter nach Chile zu reisen. Der Neidfaktor bei den Daheimgebliebenen steigt, während die Temperaturen auf dem Thermometer fallen. Aber in Gedanken schicken wir selbstverständlich die besten Weihnachtsgrüße zurück - auch an alle unsere treuen LeserInnen.